

Folge 29 Aus Regierungskreisen — der Podcast der Bundesregierung

Thema: Hochwasserhilfen

[Musik]

[Sven Siebert, Moderator] Hallo, willkommen zu „Aus Regierungskreisen — dem Podcast der Bundesregierung“. Ich bin Sven Siebert. Ich bin Gastgeber dieses Podcasts und heute geht's hier um die Fluthilfe nach den Hochwasserkatastrophen des vergangenen Sommers. Dazu habe ich heute zwei Gäste: Britta Behrendt und Werner Gatzler. Britta Behrendt ist Chefin des Stabs Hochwasserhilfe im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Sie ist Juristin und sie hat eine ganze Menge Erfahrung mit Krisenmanagement. Sie war nämlich als Referatsleiterin auch für die Migrations- und Flüchtlingspolitik zuständig und in dieser Funktion auch Teil des gemeinsamen Corona-Krisenstabs von Innen- und Gesundheitsministerium. Werner Gatzler ist der – soweit ich weiß – dienstälteste Staatssekretär der Bundesregierung. Und zwar im Bundesfinanzministerium. Er ist ebenfalls Jurist und schon seit mehr als 30 Jahren im Finanzministerium. Seit 16 Jahren ist er dort — mit einer kurzen Unterbrechung — der Staatssekretär für den Bundeshaushalt. Guten Tag, Frau Behrendt.

[Britta Behrendt, Gast] Guten Tag.

[Siebert] Guten Tag, Herr Gatzler.

[Werner Gatzler, Gast] Guten Tag.

[Siebert] Wir müssen uns vielleicht noch mal kurz vor Augen führen, womit wir es zu tun haben. Juli dieses Jahres braute sich über Mitteleuropa eine Tiefdruckwetterlage zusammen, die innerhalb weniger Tage in mehreren Regionen katastrophale Folgen hatte. Frau Behrendt, Sie leiten den Stab Hochwasserhilfe im Innenministerium und Sie waren in den letzten Monaten oft in diesen Flutgebieten. Wie ist die Lage dort? Wie geht's den Menschen dort heute?

[Behrendt] Ja, ich möchte am liebsten erst mal starten mit der Situation, wie wir sie kurz nach dieser Katastrophe vorgefunden haben. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das sicherlich eine der größten Katastrophen war, die wir in Deutschland erlebt haben, auch verglichen zum Beispiel mit der Sturmflut in Hamburg [...] 1962. In diesem Ereignis im Juli 2021 haben 180 Menschen ihr Leben verloren, über 800 Menschen wurden schwer verletzt. Es gab eine massive Zerstörung der Infrastruktur. Erdgasleitungen, Festnetz, Strom — alles war zerstört. Um es mal etwas bildlicher und greifbarer zu machen: Allein im Ahrtal waren von 75 Brücken 62 beschädigt. Von 65 Weinbaubetrieben haben nur drei dieses Ereignis unbeschadet überstanden. Und ich muss sagen: Ich persönlich [...] kenne auch gerade das Ahrtal ganz gut. Ich komme aus Koblenz, meine Mutter kommt aus Adenau und ich war ein Jahr vorher noch vor Ort unterwegs. Und ich muss sagen: Als ich zum ersten Mal vor Ort war — das war direkt in der ersten Woche, nachdem ich dieses Amt angetreten habe — war ich wirklich schockiert. Denn auch wenn man vorher die Bilder gesehen hat in den ganzen Lagevorträgen und auch die Satellitenaufnahmen — es ist unvorstellbar, wenn man das dann wirklich persönlich sieht. Diese Zerstörung, sowas kann man sich einfach nicht vorstellen. Es

ist eine komplette Zerstörung gewesen, eine komplett trostlose Situation unmittelbar nach dem Ereignis. Sie haben mich aber gefragt: Wie geht es den Menschen heute? Und da muss ich sagen: Ich war mittlerweile, ich glaube, fünf Mal vor Ort unterwegs. Schwerpunktmäßig immer im Ahrtal, aber natürlich auch in NRW — und [ich] habe vor Ort vor allem den Kontakt zu den Menschen gesucht, die unmittelbar betroffen waren und habe zum Beispiel am Anfang in Ahrweiler ein Weingut besucht und eine komplette Zerstörung vorgefunden. Da stand nichts mehr. Und der Winzer sagte mir damals, er [hoffe], dass er die diesjährige Weinernte trotzdem einfahren [könne]. Das war Ende Juli. Da habe ich mir noch gedacht: „Oh, das wird aber sehr sportlich angesichts der Situation vor Ort.“ Und bei meinem letzten Besuch — das war jetzt vor drei, vier Wochen — war ich dann genau bei diesem Winzer wieder und habe gesehen, wie da die Maschinen liefen, wie es nach Wein roch und habe gedacht: „Ja, die Menschen hier, die sind so stark. Die haben das geschafft, mit ihrem starken Willen den Aufbau direkt voranzutreiben. Auch wenn natürlich da wirklich noch ein ganz langer Weg vor uns liegt. Das ist auch völlig klar.“

[Siebert] Was macht denn Ihr Stab eigentlich? Was hat er in den Tagen und Wochen unmittelbar nach der Katastrophe getan und was machen Sie heute noch?

[Behrendt] [...] Am Anfang gab es den Beschluss des Bundeskabinetts, dass man ein Staatssekretärsausschuss einrichtet, um die ganzen Maßnahmen zum Wiederaufbau zu koordinieren und die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Auszahlung der Soforthilfen, aber auch der Wiederaufbauhilfen, zu organisieren und abzustimmen. Und dieser Staatssekretärsausschuss [...] wurde vorbereitet von zwei Stäben: mein Stab, im Bundesministerium des Innern und ein — ich sage mal — Schwesternstab, im Finanzministerium. Und, ja, beide Stäbe wurden von Frauen geleitet. Das möchte ich hier mal hervorheben. Und wir haben sehr kollegial und gut zusammengearbeitet und waren vor allem am Anfang damit beschäftigt, diese finanziellen Hilfen auf den Weg zu bringen, aber dazu wird sicherlich der Herr Staatssekretär Gatzler gleich noch was sagen. Im Nachgang zu diesen finanziellen Hilfen ging es bei uns vor allem darum, die Zusammenarbeit mit den Ländern vor Ort so eng und vertrauensvoll wie möglich auszugestalten. Also, wir haben uns jede Woche getroffen, zu einem Jour fixe mit den betroffenen Ländern und haben wirklich gefragt: „Wie läuft der Wiederaufbau bei euch? Was braucht ihr von uns? Braucht ihr mehr Bundespersonal?“ Also, Sie müssen ja sehen: Es war massives Bundespersonal direkt im Anschluss an die Katastrophe vor Ort. Da kommen wir aber sicherlich noch mal zu dem Punkt. Es ging uns einfach darum, von Anfang an ganz eng mit den Ländern zusammenzuarbeiten und als Bund überall zu unterstützen, wie es uns überhaupt nur möglich war. Und da sind wir immer noch dabei.

[Siebert] Herr Gatzler, Sie sind ja der Mann mit dem Geld und wir haben schon gehört, dass das wahrscheinlich die teuerste Flut in der europäischen Geschichte war. Wie viel Geld steht denn jetzt eigentlich zur Schadensbeseitigung und zum Wiederaufbau zur Verfügung und kommt dieses Geld auch dort an, wo es gebraucht wird?

[Gatzler] Ja, also zunächst mal: Es steht das Geld zu Verfügung, das wir brauchen werden, um diese Regionen, die wirklich diesen Schaden erlitten haben und unermessliches Leid über die Menschen gebracht hat durch diese Flut, [...] wieder aufbauen [zu] können. Wir haben immer gesagt als Bundesregierung: „Am Geld wird der Wiederaufbau nicht scheitern.“ Und das steht auch weiterhin so. Das wird auch in Zukunft so sein. Wir haben in einem ersten

Schritt — Frau Behrendt hat ja gerade zutreffenderweise auch darauf hingewiesen, wie [schnell wir] gehandelt haben — so denke ich — indem wir [...] schnell die Stäbe gegründet haben, damit wir [...] auch die notwendigen Voraussetzungen für Hilfe leisten können — im ersten Schritt dann 400 Millionen Euro direkt bereitgestellt für Soforthilfen, damit die Menschen vor Ort auch direkt erkennen: Auch hier in Berlin, die Bundesregierung tut das, was notwendig ist und ist auch zügig in der Umsetzung dabei. Insgesamt für den Aufbau haben wir jetzt mal einen Fonds gegründet, der 30 Milliarden Euro beinhaltet, für alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um den Wiederaufbau in der Region bei Infrastruktur, bei Privathaushalten oder eben auch im gewerblichen Bereich sicherzustellen. Und dieser Fonds ist jetzt in diesem Jahr auch bereits in Höhe von 16 Milliarden Euro gespeist worden, sage ich mal technisch. Also, es sind Mittel in dieser Höhe diesem Fonds schon zugeführt worden. Aber mir ist schon wichtig noch mal zu betonen: Wenn es am Schluss mehr als 30 Milliarden werden, dann werden wir auch mehr leisten müssen.

[Siebert] Das ist sozusagen der Grundsatz: Was benötigt wird, wird auch zur Verfügung gestellt.

[Gatzer] Ja genau, das ist so. Also, der Aufbau wird nicht am Geld scheitern.

[Siebert] Frau Behrendt, wieso waren diese Flutwellen eigentlich so besonders verheerend, dass sie auch die sogenannten Jahrhundertfluten beispielsweise in Sachsen 2002 und 2013 übertroffen haben?

[Behrendt] Also, ich glaube mit der Analyse, warum dieses katastrophale Ereignis zu so vielen Toten geführt hat, müssen wir uns wirklich ganz intensiv auseinandersetzen. Das ist auch sicherlich eine Aufgabe für die nächste Bundesregierung. Ich glaube aber, wir haben es hier [...] nicht mit so einem traditionellen Hochwasser zu tun, wie wir es kennen. Also, ich komme ja aus Koblenz, da hat man jedes Jahr Hochwasser. Dann steigt das Wasser [...] langsam und man weiß genau, wie hoch der Pegel ist, man kann sich drauf einstellen. Das war hier komplett anders. Es war eben ein Starkregen- und Hochwasserereignis. Das heißt, die Gefahr — ich weiß nicht wer [zum Beispiel] schon mal im Ahrtal war, der hat die Ahr [...] als ein kleines Bächlein [in Erinnerung] und die sich dann, wenn man die Bilder jetzt sieht, auf ein unvorstellbares Ausmaß ausgedehnt hat, innerhalb kürzester Zeit. Hinzu kamen aber auch vor allem die kleinen Bergbächlein, die sozusagen von den Bergen durch diesen Starkregen auch zu reißenden Flüssen angeschwollen sind und die [...] auch noch zu dieser besonderen Gefährlichkeit dieser Katastrophe beigetragen haben. Es ist also — jedenfalls aus meiner Sicht — ich bin jetzt keine Meteorologin, sondern Juristin — aber schon ein Ereignis, das ganz anders ist, als das, was wir vorher gekannt haben und auf das wir uns, glaube ich, leider auch im Hinblick auf den Klimawandel künftig einstellen müssen, dass das leider sicherlich nicht das letzte Mal war, dass uns sowas passiert. [...] Die Schnelligkeit des Ereignisses und [...] auch die Tatsache, dass es aus unterschiedlichen Richtungen kam, das ist, glaube ich, was ganz Neues an dem Ereignis. Wobei die Leute, die sich auskennen, die wissen auch: [...] In der Ahr gab es schon häufiger ganz schwere Hochwasserereignisse. Wenn man sich diese Chroniken anschaut: Bis ins 14./15. Jahrhundert gab es immer wieder schreckliche Ereignisse. Aber die Kennzeichnungen, die man vor Ort sieht, zeigen einem ganz, ganz deutlich, dass 2021, auch verglichen mit diesen großen Fluten, die es gab, ein absolutes Ausnahmeereignis ist, aber leider wohl künftig nicht sein wird. Deswegen müssen wir uns darauf einstellen.

[Siebert] Es ist ja jetzt schon ziemlich ungemütlich draußen. Was bedeutet diese Wetterlage für die Menschen, die ihre Häuser und Wohnungen verloren haben? Wie ist die Situation jetzt im Ahrtal und in den anderen Regionen?

[Behrendt] Ja, es ist sicherlich eine ganz, ganz schwierige Situation und das braucht man auch, glaube ich, nicht schönreden. [Denn] es ist völlig klar: Die Temperaturen sinken immer tiefer und in dem Gebiet kann [es] durchaus sehr, sehr kalt werden. Die Leute müssen wahrscheinlich jetzt teilweise erkennen, dass sie auch Weihnachten nicht, wie sie ursprünglich vielleicht gedacht haben, wieder in ihren Häusern verbringen können, sondern dass sie längerfristig woanders untergebracht werden müssen. Und das ist sicherlich für viele eine ganz harte Erkenntnis. Also, ich glaube, für die Leute ist es eine sehr schwierige Situation. Gerade auch wenn man denkt: „Die Adventszeit — da machen [...] die Leute es [sich] gemütlich.“ Und das ist wirklich schwierig. Auf der anderen Seite muss ich sagen, dass ich sehr beeindruckt [davon] bin, [...] was vor Ort [...] durch die Landesregierung [passiert], aber auch natürlich durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort, die wirklich alles geben, um vor Ort zu gewährleisten, dass keiner frieren muss, wie Malu Dreyer das ja auch ausdrücklich gesagt hat: „Es muss keiner frieren im Ahrtal.“ Und ich glaube, es ist aber trotzdem sehr schwierig. Es wird sehr viel geleistet und da wo es geht, wird eine vorübergehende Versorgung mit Heizungen und Wärmepumpen und auch mobilen Lösungen erarbeitet. Aber sicherlich kann man die Situation nicht schönreden. Das ist eine ganz schwierige Situation.

[Siebert] Es gab und gibt ja auch Klagen von dort, dass [es] zu langsam geht, dass Menschen ihre Heimat verlassen und möglicherweise niemals zurückkehren. Trifft Sie dieser Vorwurf? Das ist vielleicht eine Frage an Sie beide. [...] Hakt es irgendwo in dem, was die Bundesregierung jetzt tut, was die Situation dort vielleicht langsamer verbessert, als es eigentlich erwünscht wäre?

[Gatzer] Natürlich nehmen wir die Klagen nicht nur zur Kenntnis, sondern wir nehmen sie auch ernst und wir versuchen auch dem direkt hinterherzugehen und dann auch Abhilfe zu schaffen. Es sind manchmal dann eben auch Beschwerden und Klagen darüber, dass die notwendige finanzielle Hilfe nicht ankommt vor Ort. Dem gehen wir natürlich schon nach. Ich kann nur dann [auch] feststellen [...], dass jedenfalls die Soforthilfe, die wir ja sehr kurzfristig bereitgestellt haben, mit 400 Millionen Euro als Beitrag der Bundesregierung — und die betroffenen Länder haben diesen Betrag ja noch erhöht; wir haben uns ja in Höhe von 50 Prozent jetzt an diesen Soforthilfemaßnahmen beteiligt — dass diese Gelder schnellstmöglich auch zur Verfügung gestellt wurden und auch zum Abruf bereit waren. Das hat, glaube ich, bis auf wenige Ausnahmen auch sehr gut geklappt. Und wir sind natürlich jetzt auch bemüht, dass die Aufbauhilfe, wie wir sie jetzt bereitgestellt haben, dass dies natürlich für diese Aufbauhilfe dann auch so funktionieren würde. Ich kann natürlich [jetzt nicht] die Hand dafür ins Feuer legen, dass jeder Antrag — es sind viele tausend Anträge jetzt, die gekommen sind, die dankenswerterweise durch die zuständigen Landesbehörden auch sehr einfach gemacht worden sind, [sodass] die betroffenen Menschen jetzt nicht damit strapaziert werden, dass sie viele Seiten ausfüllen müssen, sondern dass es erst mal sehr einfach gemacht wird — da sind schon viele tausend Anträge eingegangen und viele tausend sind auch schon bearbeitet worden. Und [ich gehe] mal fest davon aus, dass dann [...] die Mittel [auch] schon abgeflossen sind, soweit sie dann auch da beantragt sind. Wir

stellen es jedenfalls fest. Andererseits darf man nicht vergessen: Es ist eine Menge, was da auf uns auch in der Abwicklung zukommt, eine Menge an Anträgen, die wir noch zu erwarten haben, weil [wir] schlichtweg ein Schaden dieses Ausmaßes [...] bisher auch so noch nicht gekannt haben. Wir versuchen aber nun wirklich alles. Ich habe zum Beispiel vor kurzem auch noch mal mit kommunalen Vertretern telefoniert, die mich unmittelbar auch angerufen haben und Fragen gestellt haben zu bestimmten Programmen, wie das abgewickelt werden kann, wie wir uns das vorgestellt haben. Da leisten wir auch sofort Beratungshilfe, nicht nur durch die Stäbe, sondern auch durch andere Leute, die sich eben hier bei uns in der Verwaltung damit auskennen. Also, alles in allem, glaube ich, sind wir da jetzt gut aufgestellt. „Wir“ heißt dann eben: die Behörden vor Ort der Länder oder eben auch der Kommunen und auch seitens der Bundesregierung.

[Behrendt] Ich könnte vielleicht auch noch kurz ergänzen: Beim Thema Wiederaufbau war es so: Als wir dieses Gesetz beschlossen haben, beziehungsweise der Bundestag hat es natürlich beschlossen, da war Teil eben einmal diese finanziellen Hilfen, aber wir haben auch damals schon direkt eine Änderung im Baugesetzbuch [...] miteingefügt, der [Paragraph] 246c, der [es] sozusagen [...] möglich machte, von diesen sehr komplizierten baurechtlichen Vorschriften, die wir nun mal in Deutschland haben, für diese Regionen Ausnahmen zu machen, sodass der Wiederaufbau dort zügig und — ich sage mal — unbürokratisch stattfinden kann. Und diese Änderung im BauGB wurde auch vor Ort sehr, sehr intensiv genutzt. Also, so entstehen zum Beispiel sogenannte Tiny Houses vor Ort. Also so kleine Häuschen werden [...] in den betroffenen Gemeinden [gebaut], damit die Leute [wieder] in ihren Gemeinden [...] wohnen können — wenn auch nur provisorisch — und nicht in irgendwelche Unterbringungsmöglichkeiten weiter weg ziehen müssen. Das wird nämlich vor Ort nicht angenommen. Die Leute wollen eigentlich in ihrer Heimat bleiben, was ja auch sehr positiv ist. Und ansonsten kann man sagen: Auch die Infrastruktur [...] lässt eigentlich auch hoffen, [denn] man sieht zum Beispiel die Ahrthalbahn [...] fährt jetzt seit anderthalb Wochen wieder, hat [...] wieder den Betrieb aufgenommen auf der ersten Teilstrecke. Dann, die Autobahn wird auch wieder hergestellt. Und das sind ja alles zwingend notwendige Voraussetzungen, damit man auch vor Ort wieder aufbauen kann. Insofern: Ich weiß, es gibt die Kritik und ich verstehe auch die Ungeduld, aber es gibt auch sehr viel Anlass zur Hoffnung.

[Siebert] Es mussten ja jetzt Entscheidungen getroffen werden dort vor Ort, ob zerstörte Häuser überhaupt wieder aufgebaut werden können und wir wissen von etwas mehr als 30 Häusern, dass sie nicht wieder aufgebaut werden. Vieles andere wird aufgebaut, aber man weiß ja im Grunde gar nicht so genau, ob diese Standorte nicht eigentlich erneut von Hochwasser und Zerstörung bedroht sind. Welche Rolle bei diesen Entscheidungen, bei den planerischen Voraussetzungen für diese Entscheidungen spielt eigentlich der Bund?

[Gatzer] Ja, unsere Möglichkeiten sind da begrenzt. Das Planungsrecht, das Baurecht wird durch die Kommunen vollzogen, was ja, glaube ich, auch gut ist, weil sie [...] vor Ort die Erkenntnisse [haben] und [...] viel besser [wissen], was jetzt für die Region, für die Kommune gut ist. Unsere Möglichkeiten sind da begrenzt. Aber wie Frau Behrendt ja gerade schon gesagt hat, können wir natürlich Einfluss nehmen [auf die] Gesetzgebung, indem wir [...] das Baugesetzbuch oder andere Regeln anpassen mit dem Ziele, [...] hier zur Beschleunigung beizutragen oder [...] auch mit dem Ziel, dass Maßnahmen [...] schneller umgesetzt werden können, dass wir auch durch Gespräche mit den Verbänden — ich habe zum Beispiel mit der

Bauindustrie viele Gespräche geführt — die notwendigen Kapazitäten vor Ort [bereitstellen], um die notwendigen Aufbaumaßnahmen schnellstmöglich durchzuführen. Das können wir alles schon machen. Aber, ich glaube, es ist sinnvoll und so geschieht es ja auch, dass die Entscheidung, wo aufgebaut wird, ob wieder dort aufgebaut wird, wo der Schaden entstanden ist, ob das sinnvoll ist — weil Frau Behrendt ja gerade auch zutreffend darauf hingewiesen hat, dass wir aufgrund des Klimawandels ja leider davon ausgehen müssen, dass das kein einzigartiges Ereignis bleiben wird, sondern dass uns sowas durchaus wieder drohen kann — dass vor diesem Hintergrund die Kommunen vor Ort dann eben die Entscheidung treffen, wie es umgesetzt wird.

[Behrendt] Und vielleicht kann man auch noch ergänzen: Der Bund kann das Ganze natürlich begleiten. Also, wir können natürlich immer wieder anregen, dass vor allem der Hochwasserschutz bei den Bauten, die dann errichtet werden, möglichst eingehalten wird, auch wenn wir sozusagen keine eigene Kompetenz haben, aber wir können es im Dialog natürlich deutlich machen. Und ich weiß, dass das Forschungsministerium [...] auch ein Projekt aufgelegt [hat], dass sie den Wiederaufbau wissenschaftlich begleiten, mit einem wissenschaftlichen Konsortium, [das] eben den Wiederaufbau begleitet und schaut, dass es auch nach den neuesten Erkenntnissen erfolgt.

[Siebert] Der Begriff des Jahrhunderthochwassers oder der Jahrhundertflut, der leiert ja langsam ein bisschen aus, weil wir in diesem jungen Jahrhundert schon mehrere Hochwasserereignisse hatten, die als Jahrhundertfluten oder Jahrhunderthochwasser bezeichnet werden konnten/mussten und es gilt ja als wahrscheinlich, dass die Häufigkeit — Sie haben es schon angedeutet — die Häufigkeit solcher Ereignisse Folge der Klimaveränderung ist. Herr Gatzler, brauchen wir jetzt ständig einen Fonds für Hochwasserkatastrophen? Muss man sowas im Bundeshaushalt berücksichtigen, dass wir im Grunde [...] jederzeit auf so eine Katastrophe reagieren können?

[Gatzler] Nein. Also, ich glaube nicht, dass wir gut beraten wären, wenn wir jetzt ständig einen Hochwasserfonds bereitstellen müssten bei den Katastrophen, sondern ich glaube, wir müssten uns über andere Wege Gedanken machen. Da gibt es ja auch die Diskussion über die sogenannte Elementarversicherung, die eben Elementarschäden wie Schäden [...] der [jetzt] vorliegenden Art absichert. Wir haben ja auch schon aus den Erkenntnissen des Hochwassers 2013 [...] Schlussfolgerungen gezogen. Wir haben ja hier zum Beispiel auch festgestellt, dass es durchaus Bürgerinnen und Bürger [gab], die ihr Haus oder ihren Hausrat [...] im Rahmen von einer Elementarversicherung abgesichert haben. Das ist deutlich mehr, als es noch 2013 der Fall gewesen ist. Und ich kann mich auch daran erinnern, wie die Diskussion 2013 gewesen ist, weil ich damals ja auch schon dabei war. Das haben wir ja schon alles jetzt auch feststellen können. Und ich glaube, es wäre wirklich gut, wenn wir in die Richtung kämen, um einfach diese Risiken auf viel mehr Schultern zu verteilen, dass wir dafür werben, als Politik und auch in den Gesprächen mit den Versicherungsunternehmen darauf hinwirken, dass eine Elementarpflichtversicherung dort dann zum Ergebnis kommt, um einfach das Risiko auf viel mehr Leute zu verteilen, als es jetzt der Fall ist.

[Siebert] Elementarpflichtversicherung heißt ja, dass man die Hausbesitzer stärker in die Verantwortung nimmt, oder?

[Gatzer] Ja. Gut, es gibt ja auch schon eine Gebäudepflichtversicherung und diese Gebäudepflichtversicherung deckt aber eben diese Elementarschäden nicht ab. Und man muss, glaube ich, schon ernsthaft darüber nachdenken, ob man [diese] dann um diese Schäden, Schadensereignisse [...] erweitert, was dann einfach die Solidargemeinschaft derjenigen, die das dann über Versicherungsprämien [...] abdecken, auch zum eigenen Vorteil zu erweitern. Ich weiß, das ist nicht unumstritten, aber ich glaube schon, dass dies ein überlegenswerter Weg sein kann, den man jedenfalls — jetzt auch eine neue Regierung — weiter durchdenken sollte.

[Behrendt] Ja, ich glaube, dass natürlich das Thema der Elementarpflichtversicherung ein ganz konkreter Punkt ist, an den man ran muss, auch natürlich kein neuer Punkt. Aber ich glaube, wir müssen auch erkennen, dass wir [uns] gerade beim Thema Naturkatastrophen jetzt einfach [...] weiterentwickeln müssen. Und zwar denke ich, [dass wir] da [...] wirklich zeigen [müssen], dass wir auch ein lernender Staat sind und dass wir in der Lage sind auch unsere Lessons learned, aus dem was passiert ist, [...] zu ziehen. Ich denke beim Thema Hochwasser: Das ist ein Naturereignis, was uns jetzt ereilt hat, aber es wird sicherlich auch nicht das einzige sein. Wenn wir an Hitzekatastrophen denken, an Waldbrände, die ja wirklich ganz neue Dimensionen erreichen jetzt in den letzten Jahren, dann müssen wir, glaube ich, schon überlegen, wie wir uns da künftig besser aufstellen und wie wir auch zum Beispiel die digitalen Möglichkeiten, die wir haben, besser nutzen, um künftig auch solche Ereignisse möglicherweise besser prognostizieren zu können. [Zum einen] das Thema der Prognose, aber auch im konkreten Schadensfall: dass wir gemeinsame digitale Lagebilder haben, wo jeder seine Erkenntnisse einspeisen kann, um schnellstmöglich vor Ort helfen zu können und bestmöglich miteinander abgestimmt in der Lage auch zu handeln. Und ich glaube ein anderer Punkt ist: Wir müssen uns auch [noch] viel stärker [...] europäisch vernetzen, weil diese Hochwasserkatastrophe [...] ja nicht nur in Deutschland stattgefunden [hat], sondern auch in vielen anderen Nachbarländern. Und da haben wir, glaube ich, noch was zu lernen und da bin ich aber auch ganz optimistisch, dass wir das gemeinsam miteinander gut hinbekommen.

[Gatzer] Da hat Frau Behrendt [einen wirklich] sehr wichtigen Punkt [...] angesprochen. Da wird ja auch die öffentliche Hand dann gefordert sein. Das wird die öffentliche Hand ja dann nicht auf private Schultern verteilen können. [...] Bei der Finanzierung von Maßnahmen, die [...] geeignet sind, so hoffen wir jedenfalls, Schadensereignisse dieser Art zu verhindern, zu vermeiden oder jedenfalls rechtzeitig vorherzusehen, damit wir eben Schadensbegrenzung leisten können. Das ist vollkommen klar. Die Erkenntnis und die Schlussfolgerung, die wir jetzt aus diesem Jahrhundertereignis oder aus diesem erneuten Jahrhundertereignis ziehen müssen, ist, dass wir da noch vieles machen müssen, nicht nur national, sondern auch international.

[Siebert] Genau. Im jetzt vorliegenden Koalitionsvertrag ist das Stichwort dazu, glaube ich, Klimaanpassungsstrategie. Unter diesem Begriff sammeln sich natürlich eine ganze Menge Fragen, die Sie jetzt auch gerade schon angesprochen haben. Noch mal ganz kurz zurück [...] in die Tage der Katastrophe. Da hat man ja im Nachhinein festgestellt: Es gab Warnungen. Sie sind zum Teil bei den Leuten nicht rechtzeitig angekommen oder die Dringlichkeit dieser Warnungen ist nicht klar genug gewesen. Frau Behrendt, was ist denn daraus die Konsequenz? Warum hat das nicht geklappt und was kann man beim nächsten Mal besser machen?

[Behrendt] Also, da ist es jetzt natürlich eine ganz komplexe Frage, muss man sagen. Und Sie wissen ja auch sicherlich, dass sich mit dieser Fragestellung „Was ist da schiefgelaufen?“ mittlerweile unterschiedliche Gremien befassen. Also, es gibt einen Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen, einen in Rheinland-Pfalz, eine Enquete-Kommission und die Staatsanwaltschaft Koblenz beschäftigt sich mit der Frage. Aber, sagen wir mal als Hintergrund, ich glaube, wir müssten trotzdem genau analysieren, welche Warnsysteme haben funktioniert. Und was nicht sein darf, ist, dass wir, wenn wir wissen, was das Ergebnis [...] dieser Katastrophe [war], sagen: „183 Tote, aber bei uns hat alles funktioniert, in unserem Warnsystem.“ Das kann nicht sein. [Denn] wir tragen eine Ergebnisverantwortung und dieses Ergebnis ist inakzeptabel für einen Staat wie Deutschland. 183 Tote — das darf nicht sein. Ich glaube, wir müssen —und da komme ich noch mal zu dem Punkt zurück: Wer war alles [...] an dem Einsatz [beteiligt]? Wenn Sie sehen, für das THW war das der größte Einsatz in seiner Geschichte mit 15 500 Einsatzkräften, die Bundeswehr war vor Ort, die Bundespolizei, BKA. Alle möglichen Kräfte unseres Landes waren an diesem Einsatz beteiligt. Und ich glaube, wir sind wirklich sehr, sehr gut beraten, wenn wir all die Personen und Kräfte und Behörden, die da beteiligt waren, zusammenrufen und sagen: Wir machen jetzt gemeinsam einen Lessons-learned-Prozess, um gemeinsam zu schauen, was hat da gut funktioniert, was hat nicht gut funktioniert. Aber auch in Hinblick auf die Zukunft: Wie sind wir aufgestellt? Was sind, sagen wir mal, die größten Gefahren im Hinblick auf den Klimawandel, worauf müssen wir uns einstellen und wer hat von uns welche Fähigkeiten? Was fehlt uns? Welche Lücken müssen wir da schließen und wie können wir künftig da optimal zusammenarbeiten? Das ist sicherlich kein trivialer Prozess, aber wir müssen diesen Prozess machen. Das sind wir, glaube ich, auch all denen schuldig, die hier so gelitten haben und auch immer noch leiden.

[Siebert] Danke schön. Vielen Dank. Das waren Britta Behrendt und Werner Gatzer. Vielen Dank für das Gespräch.

[Gatzer] Ich danke auch.

[Behrendt] Ich auch. Danke schön.

[Siebert] Demnächst geht's hier weiter mit weiteren Gesprächspartnern aus der Bundesregierung und drum herum und ich hoffe, Sie als Zuhörer sind dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen — der Podcast der Bundesregierung“.
Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.